



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 29. September 2017  
(OR. en)

12671/17

**FREMP 99**  
**JAI 847**  
**COHOM 103**  
**POLGEN 125**  
**AUDIO 103**  
**DIGIT 196**

**VERMERK**

---

Absender:           Vorsitz

Empfänger:        Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Nr. Vordok.:       12112/17

---

Betr.:              Non-Paper des Vorsitzes für die Tagung des Rates  
                      (Allgemeine Angelegenheiten) am 17. Oktober 2017  
                      – Jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit

---

Die Delegationen erhalten anbei das Non-Paper des Vorsitzes, über das auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) am 17. Oktober 2017 beraten werden soll.



**Rat (Allgemeine Angelegenheiten), 17. Oktober 2017**

**Dialog über Rechtsstaatlichkeit**

**Non-Paper des estnischen Vorsitzes**

**"Medienpluralismus und Rechtsstaatlichkeit im digitalen Zeitalter"**

**Einleitung**

Mit den Schlussfolgerungen des Rates und der Mitgliedstaaten vom Dezember 2014 über die Gewährleistung der Achtung der Rechtsstaatlichkeit wurde **ein jährlicher Dialog über Rechtsstaatlichkeit** im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) **eingerrichtet**.

Der **erste** Dialog hat am 17. November 2015 unter luxemburgischen Vorsitz, der **zweite** am 24. Mai 2016 unter niederländischem Vorsitz im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) stattgefunden.

Bei der **Bewertung der Erfahrungen**, die unter slowakischem Vorsitz am 15. November 2016 im Rat (Allgemeine Angelegenheiten) vorgenommen wurde, hat sich bestätigt, dass die Mitgliedstaaten den Dialog fortsetzen und verstärken möchten.





### Dritter Dialog über Rechtsstaatlichkeit

**Freiheit und Pluralität der Medien** sind Voraussetzungen und wichtige Garantien für gut funktionierende Demokratien. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit und Pluralität der Medien sind in der EU-Grundrechtecharta verankert und zählen zu den zentralen, fundamentalen demokratischen Werten, auf die sich die Europäische Union gründet.

Um an das jährliche Grundretekolloquium 2016 der Europäischen Kommission "Medienpluralismus und Demokratie" anzuknüpfen und das Thema weiter zu vertiefen, möchte der Vorsitz die Minister bitten, sich mit den **besonderen Herausforderungen für die Pluralität der Medien und die Rechtsstaatlichkeit im digitalen Zeitalter** zu befassen.





**Offene digitale Plattformen und das Internet** erleichtern eine partizipative, transparente und effektive Demokratie. Doch gleichzeitig haben im digitalen Zeitalter – unter den neuen Rahmenbedingungen der Medienkonvergenz – die **Herausforderungen in Bezug auf Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit** zugenommen, da die Verbreitung falscher und irreführender Nachrichtenmeldungen in den sozialen Medien und im Internet das Vertrauen in die Medien untergraben und die Qualität der politischen Debatte über Fragen, die für demokratische Gesellschaften von grundlegender Bedeutung sind, beeinträchtigen kann. Digitale Fehlinformation in großem Maßstab kann die Grundfesten der Demokratie – das politische Engagement gut informierter Bürger – erschüttern. Durch das schwindende Vertrauen in die Medien sind diese zudem immer weniger in der Lage, ihre Aufgabe, Staaten, die EU und private Akteure zur Rechenschaft zu ziehen und damit zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit beizutragen, zu erfüllen. In Zeiten, in denen viele, insbesondere jüngere Bürger das **Internet und soziale Netze zunehmend** als Hauptnachrichtenquelle nutzen, muss unbedingt für pluralistische, unabhängige und qualitätsvolle Informationen gesorgt werden, um das Vertrauen in die Medien zu erhalten, wobei ebenso wichtig ist, dass die Bürger erkennen können, welche Informationen richtig und zuverlässig sind und welche nicht.

Um über diese Herausforderung zu beraten, hat der estnische Vorsitz am 12. Juli 2017 ein **informelles Expertenseminar** zum Thema "Medienvielfalt und Rechtsstaatlichkeit im digitalen Zeitalter" veranstaltet. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter der EU-Mitgliedstaaten, der EU-Organe, der EU-Agentur für Grundrechte, des Europarates, Journalisten sowie Vertreter von Medienunternehmen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Die Ergebnisse des Seminars sind im Dokument 12112/17 zusammengefasst.





**Während des Seminars** haben die Teilnehmer erörtert, was die unterschiedlichen Akteure – etwa die Mitgliedstaaten, die EU-Organen, NRO und Medienunternehmen – tun könnten, um im digitalen Zeitalter die Glaubwürdigkeit der Informationen und das Vertrauen in die Medien sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass die politische Debatte auf Grundlage korrekter Informationen stattfindet. Die Bedeutung **pluralistischer, unabhängiger und vertrauenswürdiger Medien** als Hüter der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Geht das Vertrauen in die Medien verloren, so sind die Medien möglicherweise nicht mehr in der Lage, diese wichtige Rolle zu erfüllen. Bei dem Seminar wurde hervorgehoben, dass es zwar vielfältige Herausforderungen gibt, die neue Konzepte erfordern, aber mit Zensur eindeutig eine rote Linie überschritten würde. Die Teilnehmer betonten, dass alle – Gesetzgeber, Journalisten, Herausgeber und Internetvermittler, aber auch die Bürger als Informationskonsumenten – gemeinsam Verantwortung tragen. Einige Sprecher wiesen darauf hin, dass sich nicht alles gesetzlich oder mit Selbstverpflichtungen regeln lässt. Medienkompetenz von Kindesbeinen an, aber auch im Erwachsenenalter ist entscheidende Voraussetzung dafür, dass die Informationskonsumenten in der Lage sind, falsche und irreführende Informationen zu erkennen und zu verstehen, weshalb die Falschmeldungen verbreitet werden und wer dahintersteckt.





Der Vorsitz möchte die Aussprache über diese Themen im Rahmen des dritten Dialogs über Rechtsstaatlichkeit auf Grundlage der folgenden Fragen fortsetzen:

- Frage 1:** Was sind aus ihrer Sicht im digitalen Zeitalter und unter den neuen Rahmenbedingungen der Medienkonvergenz die größten Herausforderungen für die Rechtsstaatlichkeit, die Demokratie und die Grundrechte? Bitte legen Sie dar, wie diesen Herausforderungen aus Ihrer Erfahrung begegnet werden könnte.
- Frage 2:** Was können die Mitgliedstaaten tun, um Journalisten, Herausgebern und Internet-Mittlern zu helfen, die Qualität des Journalismus und die Zuverlässigkeit der veröffentlichten Informationen sicherzustellen? Bitte schildern sie etwaige Probleme und bewährte Vorgehensweisen auf nationaler Ebene.
- Frage 3:** Medienkompetenz spielt eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, das Vertrauen in die Medien zu erhalten, denn sie versetzt Leser, Hörer und Zuschauer in die Lage, zuverlässige von unzuverlässigen Informationsquellen zu unterscheiden. Inwiefern haben die Mitgliedstaaten die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die EU-Bürger aller Altersgruppen über ausreichende Medienkompetenz verfügen?

### **Ablauf des Dialogs**

Nach einer Einführung durch den Vorsitz und den Direktor der EU-Agentur für Grundrechte werden die Kommission und die Mitgliedstaaten gebeten, sich zu den drei Fragen zu äußern. Im Anschluss an die Aussprache wird der Vorsitz **Schlussfolgerungen des Vorsitzes** ausarbeiten.





Diese wird er gemeinsam mit seinen Partnern im Rahmen des Dreivorsitz den zuständigen Vorbereitungsgremien des Rates zur weiteren Beratung übermitteln. Wie weiter zu verfahren ist, kann im Rahmen der Neubewertung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs durch den Rat, die bis Ende 2019 erfolgen soll, geprüft werden.

---

